

Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 14.50, halbjährlich Fr. 7.30, vierteljährlich Fr. 3.70. Ausland halbjährlich Fr. 13.50, jährlich Fr. 27.—. Postamtlich bestellt halbjährlich Fr. 12.—, ganzjährlich Fr. 24.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Au (Rhtl.) Tel. Nr. (071) 731 60. Verwaltung: Vaduz Tel. (075) 221 43 Redaktion: Vaduz, Telefon Nr. 2 13 94. Postcheck Nr. IX/2988

Organ für amtliche Kundmachungen

Anzeigenpreise: die 1spalt. mm-Zeile Anzeigen Reklame
Inland 8 Rp. 21 Rp.
Angrenz. Rheintal (Sargans bis Sennwald) 10 Rp. 23 Rp.
Uebrig Schweiz 11 Rp. 25 Rp.
Ausland 13 Rp. 29 Rp.



Anzeigenannahme für das Inland:
Verwaltung des Blattes in Vaduz, Telefon 221 43
Für das Rheintal, Schweiz und übrige Ausland:
Schweizer Annoncen A.-G.
St. Gallen, Tel. 22 26 26; und übrige Zweiggeschäfte

Zum Verfassungsbruch noch Drohung

Als die Delegiertenversammlung der Vaterländischen Union am 4. Oktober 1957 den Beschluß faßte, ihren Abgeordneten zu empfehlen, nicht an der Tätigkeit des Landtages teilzunehmen, konnte man noch der Ansicht sein, daß die verantwortlichen Herren der Vaterländischen Union infolge ihrer politischen Verblendung sich der Tragweite ihres Beschlusses nicht ganz bewußt waren.

Wer dieser Ansicht war und der Vaterländischen Union noch etwas zugute halten wollte, hatte sich aber gründlich getäuscht. Wie aus dem letzten „Liechtensteiner Vaterland“ zu entnehmen ist, hat die Vaterländische Union bewußt auf einen Verfassungsbruch hingearbeitet, sie war sich also im klaren, daß sie das oberste Gesetz des Staates bricht.

Aber nicht genug, die Vaterländische Union hatte noch die Stirne, gegenüber S. D. dem Landesfürsten am 5. Oktober die Erklärung abzugeben, die Abgeordneten der Vaterländischen Union würden zur Eröffnung des Landtages nur erscheinen, wenn S. D. nach Eröffnung des Landtages das Auflösungsdekret überreiche. Damit hat die Vaterländische Union den Gipfelpunkt an politischer Anmaßung erreicht.

Nach Verfassungsbruch also noch eine Drohung gegenüber dem Landesfürsten.

Das ist politische Vergewaltigung, allerdings nur ein Versuch, denn mit diesen undemokratischen Mitteln wird es der Vaterländischen Union nicht gelingen, ihre angestrebte „Führung“ zu erlangen.

Zum „Führungswechsel“ in der Union

Die Union schrieb am 31. August 1957 „Das Landesinteresse verlangt den Führungswechsel“. Bereits am 1. September 1957 gab das Volk auf diese Forderung die Antwort. Nachdem es der Union nicht gelang, im Lande einen Führungswechsel herbeizuführen, scheint sich nun in der Union selbst ein Führungswechsel vollzogen zu haben. Man muß nur das „Liechtensteiner Vaterland“ lesen. Drohungen, Anstiftung zur Verfassungsverletzung und die häßlichsten persönlichen Angriffe sind Trumpf geworden. Das Parteiblatt der Union befindet sich in den Händen jener, denen kein Mittel schlecht genug ist, um an die Macht zu kommen und denen weder Verfassung, Gesetz noch Persönlichkeit Achtung gebietet. Die bisherige Parteiführung der Union ist unsichtbar geworden oder will die Hände in Unschuld waschen.

War es nicht bezeichnend, daß zum Beispiel an der Landtagssitzung vom 30. September 1957 Abgeordnete der Union fehlten und sich Fraktionsmitglieder der Union in der Debatte persönlich von der fadenscheinigen Wahlbeschwerde distanzieren. Sogen. Führer der Union gaben in Gesprächen offen zu, daß man in Sachen Wahlbeschwerde viel zu weit gegangen sei.

Das ist ein sprechender Beweis dafür, wie jene Herren über die Sache dachten, die an der Spitze der Union standen. Man entschuldigte sich, oder distanzierte sich, um sich nicht blamieren zu müssen und überließ das Steuer im gleichen

Daß eine Minderheit beim Oberhaupt des Staates die Auflösung der parlamentarischen Vertretung begehrt, ist für sich allein schon eine einmalig dastehende Begebenheit in der Geschichte aller parlamentarisch-demokratischen Monarchien. Weder in England noch in Belgien, deren Verfassungen Vorbilder für unsere Verfassung waren, würde sich die parlamentarische Minderheit ein solches Recht anmaßen können, umso weniger aber noch in Liechtenstein, welches sich rühmt, noch demokratischer zu sein.

Daß die Vaterländische Union es aber wagte, das Auflösungsbegehren beim Landesfürsten mit der Drohung des Nichterscheins zum Landtag zu unterstreichen, dafür kann die Vaterländische Union den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, erstmals einen solchen Schritt getan zu haben.

Nach demokratischen Regeln kann nur die parlamentarische Mehrheit beim Landesfürsten die Auflösung des Landtages beantragen, so wie es auch vor 30 Jahren, um diesen Fall herbeizunehmen, geschehen ist, als die damalige Volkspartei beim Landesfürsten den Antrag auf Auflösung stellte.

Die Vaterländische Union wartet also auf die Einberufung des Landtages. Die Bürgerpartei wartet ebenfalls auf die Einberufung des Landtages, nicht aber auf die Einberufung, um ihn aufzulösen, sondern

um endlich in Durchführung ihres Programmes für das Wohl des liechtensteinischen Staates arbeiten zu können.

Moment jenen, die keine Verantwortung kennen. Damit entzogen sich aber maßgebende Leute der Union ihrer Verantwortung und verschwanden im Hintergrund. Sie überließen das Feld politischen Abenteurern.

Das Volk stellt heute mit voller Berechtigung folgende Frage:

1. Warum hat der Abgeordnete Dr. Alois Ritter an der Sitzung vom 30. September 57 nicht teilgenommen?
2. Warum erklärte der Ersatzabgeordnete Dr. Alois Vogt in jener Sitzung, daß er persönlich mit dieser Wahlbeschwerde nichts zu tun habe?
3. Warum wurde die Beschwerde nicht von jenen Leuten unterschrieben, die sie im Nachhinein als berechtigt erklären?

Das Volk weiß nämlich Bescheid, nachdem auf Grund des Ermittlungsverfahrens durch Regierungschef Alexander Frick von der ganzen Sache nichts mehr übrig blieb. Es weiß auch, daß sich diese Herren nicht einem politischen Risiko aussetzen wollten, indem sie sich persönlich mit den Beschwerdeführern gleich aufstellten. Das Volk hat aber angenommen, daß diese Herren wenigstens nachher zum Rechten sehen werden! Heute ist aber nun erwiesen, daß sie das Feld unverantwortlichen Elementen räumten und sich das Gesetz des Handelns entreißen ließen. Man hält sich, wie schon früher, in der bequemen Reserve.

Das Volk kann also heute bei der Union einen Führungswechsel miterleben. Wie gut es beraten war, daß es dieser Partei das Vertrauen nicht schenkte, sieht es selbst am allerbesten. Der Kampf dieser Elemente richtet sich vor allem gegen zwei verdiente Männer, die das Hauptverdienst für sich in Anspruch nehmen können, daß unser Land in den letzten 30 Jahren im In- und Ausland zu Ansehen und Wohlstand kam.

Volk von Liechtenstein!

Es gibt Leute in unserem Lande, die mit allen Mitteln versuchen, Regierungschef Alexander Frick und Alt-Regierungschef Dr. Hoop in den Dreck zu ziehen. Diese Dreckwerfer wenden sich heute an die Öffentlichkeit und geben vor, für Recht und Gesetz einzutreten! Und jene, die reden und handeln müßten — schweigen!

Sie schweigen, obwohl sie sehen, daß mit den Interessen des Volkes und des Landes gespielt wird!

Eine fertige Täuschung

Mit welchen Methoden man auf der Unionseite gegenwärtig arbeitet, beweist folgendes:

Angesichts der internationalen Rotariertagung vom vergangenen Samstag, die an die 300 ausländische Gäste nach Vaduz brachte, gartete das „Liechtensteiner Vaterland“ seinen Willkommgruß an die Gäste auf der Titelseite mit den dreckigsten Angriffen gegen uns und maßgebende Leute unserer Partei. Unser Blatt hingegen legte sich jene Zurückhaltung auf, wie dies die Interessen des Landes angesichts einer internationalen Tagung verlangen. Das tollste kommt aber noch hinzu. Im Laufe der vergangenen Woche machte Herr Dr. Alois Vogt als Mitglied des Liechtensteiner Rotarier-Clubs bei Herrn Dr. Hoop, Präsident der Rotarier in Liechtenstein, die Anregung, seines Erachtens wäre es wünschenswert, wenn sich beide Zeitungen

Tribüne DER FREIEN MEINUNG

Beständigkeit oder Experiment?

Daß Politik schicksalsentscheidend ist, hat unsere Generation wie noch keine vor ihr erlebt. Die Politik bestimmt nicht nur das Schicksal eines ganzen Volkes, sondern auch das Wohlergehen jedes einzelnen und die Zukunft unserer Kinder. Zwei Parteien bauen bei uns auf das Vertrauen des Wählers. Die Grundfrage aber lautet: Soll die bewährte Politik der vergangenen Jahre fortgesetzt werden, oder sollen wir uns auf Experimente einlassen. Die stabilen, politischen Verhältnisse unseres Landes, um die uns viele (Franzosen!) beneiden, gefallen Politikern der „Vaterländischen Union“ nicht. Sie sprechen von einem „autoritären Regime“ und spielen sich als die besseren Demokraten auf. In Wirklichkeit wollen sie im Vertrauen auf die Gutgläubigkeit „des kleinen Mannes“ Verhältnisse herbeiführen, in denen sie ihr parteipolitisches Süpplein besser kochen können. Wir zweifeln nicht daran, daß die Union den Führungswechsel erzwingen will, aber wir zweifeln, ob das Volk ihn will. Dazu ist derzeit der Union kein Mittel zu gering, unseren Regierungschef und andere persönlich anzugreifen. Dabei haben, das sei einmal offen gesagt, gerade Dr. Hoop und Alexander Frick in schweren Zeiten die Verantwortung für unser Schicksal getragen. Gerade Alexander Frick und Dr. Hoop haben keine Strapazen gescheut, für Liechtenstein Vertrauen in aller Welt zu gewinnen. Das ist alles keine Selbstverständlichkeit, sondern Ergebnis der von der fortschrittlichen Bürgerpartei verantworteten Politik der Beständigkeit. Dadurch wurden mit die Voraussetzungen geschaffen, daß unser Land wieder in aller Welt geachtet wird, daß es exportiert, daß es leben kann. Dafür hat Herr Regierungschef Alexander Frick Tag für Tag gearbeitet wie ein Schwerarbeiter, und das seit Jahren. Aber wir, wie unsere Gegner, wissen, daß die Bürgerpartei nicht nur auf ein oder zwei Männer allein baut. Um den Regierungschef hat sich ein Kreis bewährter Politiker geschart, denen wir unser Vertrauen aus Erfahrung schenken dürfen. Welche Männer an die Spitze der Regierung hat uns die Union auf die Frage „Wer wird Chef?“ geboten? Der Wähler hat das Recht, das zu fragen und will sie kennen, wenn er ihnen sein politisches Schicksal anvertrauen soll. Aber die Union hat geschwiegen, sie schweigt auch heute noch. Sie nennt uns keine Namen ihres „Schattenkabinetts“. Wir sollen die Katze im Sack kaufen, weil eine Veröffentlichung nicht der Sache der Partei gedient hätte! Wir wollen aber unser Vertrauen nicht nur einer Partei schenken, sondern Politikern, die gezeigt haben, was sie können. Solange uns die Union nicht einmal Andeutungen gibt, wie eine Union-Regierung aussehen würde, gilt die alte Volksweisheit:

„Es kommt selten etwas Besseres nach!“ — Oder sollten wir nur deshalb Union wählen, um den Wahlspruch zu befolgen, die letzten Jahre gingen nur aufwärts, das muß doch endlich anders werden, schön war's ja — aber mit Parolen ist noch nie eine gute Politik gemacht worden.

Sicherheit für alle ist noch nicht geschaffen, solange sie nur in der Zeitung oder auf Plakätwänden steht. Darauf kann auch „der kleine Mann“ nur antworten: Sicherheit hätten wir alle, wenn wir alle mehr Sicherheit hätten, daß in der Union alle für Sicherheit wären.

Ein Arbeiter.

anlässlich der Rotarier-Tagung entsprechende Zurückhaltung in der gegenwärtigen Presse-kampagne auferlegen würden. Dr. Hoop nahm